Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 12 — Freitag, den 28. Januar 1921 — 32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstag hat seine Zustimmung zur Strafverfolgung Erzbergers wegen Verletzung der Eidespflicht in fünf Fällen gegeben.

* Zwischen Lloyd George und Briand haben sich in Paris ernste Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Lloyd George erkennt Deutschlands guten Willen bei der Abrüstung voll an.

* Auf Verlangen der italienischen Delegation ist in der Sitzung des Obersten Rates beschlossen worden, sich an erster Stelle mit der Notlage Österreichs zu beschäftigen.

* Die Abstimmungskommission in Oppeln hat neue Bestimmungen für die nicht in Oberschlesien ansässigen Abstimmungsberechtigten erlassen.

* Die Wahlen in Lippe-Detmold ergaben eine Mehrheit für die bürgerlichen Parteien.

* Die Steigerung des Markkurses in Newyork hält an; infolgedessen fiel der Dollarkurs in Berlin vorübergehend bis auf 54.

Abfall des Memellandes?

Eine unscheinbare kleine Nachricht, doch aber wert, nicht in der Überfülle der Tagesereignisse übersehen oder vergessen zu werden. Zwischen Litauen und dem Memelgebiet ist ein Abkommen getroffen worden, oder sagen wir lieber: es soll ein Abkommen getroffen worden sein, wonach zwischen beiden Ländern eine Zollunion mit gemeinsamer Grenze gegen Deutschland vereinbart werde. Die Grenze soll längs der Linie Schmalleningken—Memel—Nuß- und Skirwitz-Becken bis zum Kurischen Haff und weiter längs der Ostsee bis an die litauische und lettische Grenze laufen. Eine besondere Kommission soll die näheren Einzelheiten des Zolltarifs ausarbeiten. Eine zweite Meldung, die der ersten nachgeschickt wird, drückt sich zwar etwas vorsichtiger aus. Danach soll zunächst nur ein Vorabkommen dieser Art geschlossen sein, das beide Parteien lediglich verpflichtet, in weitere Verhandlungen über eine Zollunion einzutreten. Zu einem formellen Zollvertrag sei man aber noch nicht gekommen. Wir dürfen danach annehmen, daß das letzte Wort in dieser Frage noch nicht gesprochen ist. Wohin aber die Reise gehen soll, das läßt dieses interessante Nachrichtenspiel immerhin mit einiger Deutlichkeit erkennen.

Man kann es unseren Landsleuten in Memel allerdings kaum recht verdenken, wenn sie in dem ungewissen Schicksal, das der Friedensvertrag ihnen bereitet hat, irgend eine Hand ergreifen, die sich ihnen entgegenstreckt, nur um aus dem auf die Dauer unerträglichen Zustand der Hoffnungslosigkeit erlöst zu werden. Noch jetzt, ein volles Jahr nach Ratifikation des Versailler Vertrages, wissen sie nicht, was eigentlich staatsrechtlich aus ihnen werden soll. Der Freistaat Danzig hat wenigstens äußerlich Gestalt angenommen, hat seine eigene Verfassung und Verwaltung, wenn auch wichtige Verträge, insbesondere mit Polen, die sein eigentliches politisches und wirtschaftliches Leben des näheren bestimmen sollen, noch ausstehen. Über das endgültige Schicksal des Memellandes aber hat die Entente noch nicht geruht, sich irgendwie schlüssig zu machen. Kein Wunder auch, da bei der Lösung dieser Frage das russische Problem irgendwie geregelt sein müßte und wir von dieser Aufgabe noch immer ziemlich weit entfernt sind. Eben jetzt läßt zwar die Moskauer Regierung feierlichst versichern, daß sie keinerlei Angriffsabsichten für das nächste Frühjahr hege. Sie habe die estnische, die lettische und die rumänische Regierung offiziell anerkannt und sie davon benachrichtigt, daß sie keinerlei Absicht eines Angriffs auf diese Länder habe. Und was Polen betrifft, so seien in Riga die gleichen Versicherungen abgegeben worden. Aber einmal ist von Litauen in dieser Erklärung keine Rede, und dann hängt dessen Schicksal ja auch in gleicher Weise wie von Rußland schließlich auch von der Haltung der Warschauer Regierung ab, von der man bis auf weiteres annehmen muß, daß sie gegen das kleine Staatswesen mancherlei im Schilde führt, das ihm von heute auf morgen schon das Lebenslicht wieder ausblasen kann. Vom litauischen Standpunkte aus ist es natürlich durchaus begreiflich, daß eine wirtschaftliche Verschmelzung mit dem Memellande angestrebt wird, denn ohne einen Zugang zur See kann dieses Kunstprodukt eines Randstaates nicht leben, das sich bisher nur auf Schleichwegen sozusagen vor dem Hungertode gerettet hat. Das Memelland aber, ein im gleichen Grade unnatürliches Gebilde, das lediglich britischer Überseepolitik seine Entstehung verdankt, kann auch nicht leben und nicht sterben, wenn es seine Lage nicht durch Anlehnung an irgend einen Nachbarstaat zu stärken vermag. Deutschland aber sind die Hände gebunden; es hat diesen preußischen Litauern gegenüber, die bisher stets in Freud und Leid zu ihm gehalten haben, kein anderes Bindemittel als das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Reich, zum deutschen Volkstum, dem sich wohl feindselige Gewaltsamkeiten entgegenstemmen können, das aber unausrottbar in den tiefsten Tiefen der Volksseele verwurzelt ist.

Doch die Möglichkeit materieller Hilfe für das Memeler Land ist uns genommen. Das einzige, was wir tun können und auch getan haben, ist der Versuch, auf eine Beschleunigung der in London oder Paris oder Rom oder wohl auch in Washington zu treffenden Entscheidung über diesen nordöstlichen Zipfel des Reichsgebietes hinzuwirken. Aber die Herrschaften im Obersten Rat haben zurzeit, wie man weiß, andere Sorgen, und empfinden unsere Vorstellungen auf diesem Gebiete als unnütze Belästigungen, die man sich verbitten muß. So bleiben die Memeler sich selbst überlassen. Und wenn sie dem Gedanken nähertreten, in eine Zollunion mit Litauen einzutreten, damit also einen Trennungsstrich zu ziehen zwischen sich und dem gemeinsamen Vaterlande, so könnte man diesen Schritt, wenn er wirklich endgültig vollzogen würde, selbstverständlich nur auf das schmerzlichste, bedauern. Man wird aber denjenigen Männern, die die Verantwortung dafür auf sich laden, keinen Vorwurf machen können. Ihre patriotische Gesinnung dürfte um dieser Entschließung willen nicht einen Augenblick angezweifelt werden. Was sie tun, geschähe im Interesse der von ihnen vertretenen Bevölkerung, die vom großen Ganzen, zu dem sie gehört, willkürlich ohne jede Befragung losgerissen, den Zustand der Zusammenhanglosigkeit gegenüber anderen leistungsfähigen Wirtschaftssystemen unmöglich länger ertragen kann. Das Memelland kann auf die Dauer seiner natürlichen Bestimmung, ein Durchfuhrgebiet nach und vom Osten zu sein, nicht entraten. Ist es schon von Deutschland künstlich abgeschnürt, so muß es wenigstens versuchen, nach der russischen Seite hin sich die Möglichkeit frischen Blutumlaufs zu verschaffen.

Freilich, die Anlehnung an Litauen wäre wohl auch nur wieder ein Akt der Verzweiflung. Denn was ist, was kann dieser litauische Staat, dessen Grenzen noch nicht einmal feststehen, der auch geistig und kulturell auf so schmaler Grundlage beruht, daß man nur mit äußerstem Mißtrauen seine ersten Gehversuche beobachten kann. Ihm fehlt sogar das bißchen Selbstvertrauen, das andere der von Gnaden der Entente geschaffenen neuen Staaten der Welt vortäuschen möchten, um an ihre Lebensfähigkeit glauben zu machen. Alles, was wir im Osten sehen, sind Vorläufigkeiten, Schöpfungen von heute und morgen, nur nicht für die Ewigkeit. So würde auch ein Zollvertrag zwischen Memel und Litauen, wenn er wirklich zustande käme, nur als eine vorübergehende Erscheinung bewertet werden können.

Die Pariser Konferenz.

Gegensätze in der Entwaffnungsfrage.

In der ersten, dreistündigen Sitzung hat sich die Pariser Konferenz der Alliierten fast ausschließlich mit der Frage der Entwaffnung Deutschlands beschäftigt. Der amtliche Ententebericht über diese Sitzung besagt nun:

Die Konferenz hat entschieden, daß die Sachverständigen für Heer, Marine und Luftschiffahrt sich unter dem Vorsitz von Marschall Foch zusammenfinden sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die völlige Ausführung der Friedensvertragsklauseln, betreffend die Entwaffnung, durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann berichten.

Wie man aus diesem etwas gewundenen Text ersieht, sind auch die Alliierten keineswegs einig. Das bestätigt auch der bekannte französische Politiker Pertinax, indem er schreibt: „Unglücklicherweise wurde es sofort am Beginn der gestrigen Sitzung klar, daß Lloyd George seine persönlichen Ideen in bezug auf Deutschland hatte. Marschall Foch rief die Sätze des Berichts vom 30. Dezember 1920 in Erinnerung und schlug vor, das Datum des 1. Mai der Berliner Regierung als letzten Termin mitzuteilen, bis zu welchem sie sich endgültig den Entwaffnungsforderungen der Alliierten fügen müsse. Der englische Premierminister verhehlte seine Gefühle nicht und machte einige ironische Zwischenrufe. Die Erwähnung der Besetzung des Ruhrgebiets rief ganz besonders seine Bemerkungen hervor."

„Konfuse Diskussion."

Weiter berichtet der anscheinend sehr gut unterrichtete Pertinax über den Verlauf der ersten Sitzung:

„Lloyd George hat auch seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß man den Vorschlägen der militärischen Sachverständigen nicht in vollem Umfange folgen könne und daß es besser wäre, noch einmal zu der Methode von Spa zurückzukehren, nämlich die Deutschen zur Konferenz in Paris zuzuziehen. Wenn die alliierten Minister sie angehört hätten, könne man eher zwischen dem Möglichen und Unmöglichen entscheiden. Briand widersetzte sich aber energisch diesem unerwarteten Vorschlag und wollte sich in keiner Weise fügen. In der ziemlich konfusen Diskussion scheint ein Zusammenstoß zwischen der französischen und englischen Politik erfolgt zu sein. Jasper, der belgische Außenminister, neigte eher, wenn auch mit einigen Einwänden, zum englischen Standpunkt. Später schlug Italien einen Mittelweg vor. Graf Sforza sagte: „Verständigen wir uns zuerst über die Prinzipien, an erster Stelle müssen wir ein Programm festsetzen. Wenn wir dann zu seinen Anwendungsmodalitäten gelangen, können wir von den Ministern in Berlin verlangen, daß sie uns ihre Sachverständigen hierherkenden."

Weder Lloyd George, noch Briand konnten sich dieser Anregung verschließen. Wie sollte man nun aus der Verlegenheit herauskommen? Nach einigem Hin- und Hertasten wurde beschlossen, daß die Militärsachverständigen sofort einen neuen Bericht verfassen sollen. Sie sollen ihre ursprünglichen Vorschläge revidieren.

Lloyd George gegen Briand.

In einer Besprechung im Anschluß an die erste Konferenz, die zwischen Lloyd George und Briand stattfand, zeigten sich die Gegensätze zwischen beiden Staatsmännern im vollsten Lichte.

Lloyd George erklärte, daß Deutschland sich seiner **Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage vollkommen entledigt** habe. Man sprach dann von den zahlreichen Einwohnerwehren, von den politisch-militärischen Einrichtungen, von dem Ausbau der Bewaffnung der Reichswehr, der über das gemachte Zugeständnis hinausgehe, von dem geheimen oder öffentlichen Vorhandensein der Schutzpolizei und von den Kanonen, die in den Festungen von Küstrin und Königsberg aufbewahrt würden. Was aber andererseits zerstört ist, ist beträchtlich. **Deutschland ist jetzt nicht fähig, irgendeinen ernstlichen Angriff gegen die Alliierten zu unternehmen.** Die innere und äußere **bolschewistische Gefahr** dürfe nicht vernachlässigt werden, und Deutschland könne nicht ohne Verteidigungsmittel bleiben. **Bayern widersetzt sich den Anordnungen von Berlin, weil seine öffentliche Meinung Sicherheit und Schutz fordert.** Ist es gerecht, so fragt Lloyd George, daß ganz Deutschland und besonders die Bevölkerung des Ruhrgebiets für Fehler bestraft werden, die in München begangen wurden? Und der Zeitpunkt des 1. Mai, den Marschall Foch fordert, ist er nicht jener Zeitpunkt, wo **Unternehmungen der Roten Armee** am meisten zu fürchten sind?

Lloyd George betont noch, daß man den militärischen Sachverständigen in allen ihren Schlußfolgerungen nicht folgen könne, und daß es besser wäre, noch einmal auf die Methode von Spa zurückzugreifen und die Deutschen zur Pariser Konferenz einzuladen.

*

Abbau des deutschen Beamtenstabes.

Der „Temps" meldet zur Wiedergutmachungsfrage, daß die Mehrheit des französischen Kabinetts und der Deputiertenkammer Deutschland keinen neuen Aufschub und keine Milderung zugestehen könnte, solange nicht der deutsche Beamtenstab, der jetzt ohne jeden Grund dreimal so groß sei wie vor dem Kriege, auf seinen Stand vom 1. August 1914 zurückgeführt werde.

Das Grubenunglück in Oelsnitz.

Dresden, 25. Jan. Nach amtlicher Feststellung hat das Oelsnitzer Grubenunglück bisher 52 Tote gefordert; bei zwei Schwerverletzten ist es fraglich, ob sie noch gerettet werden können. Das Personal und die Aerzte des Hospitals arbeiten seit 36 Stunden ununterbrochen mit Sauerstoffpumpen, allein es war ihnen trotz aller Anstrengungen nicht möglich, die durch Gasvergiftung Betroffenen am Leben zu erhalten. Für sämtliche Toten findet eine **gemeinsame Trauerfeierlichkeit** statt, welcher der Ministerpräsident Buck persönlich beiwohnen wird. Ueber die Entstehungsursache ist noch zu berichten, daß in Bergarbeiterkreisen die Schuld der schlechten Wetterführung zugeschrieben wird, die nicht den Anforderungen entsprochen haben soll. Die Auffindung einer aufgeschraubten Sicherheitslampe wird dagegen von anderer Seite als vermutliche Ursache der Katastrophe angesehen.

Gräßliche Szenen im Schachte.

Einer der überlebenden Bergarbeiter berichtet der „Chemn. Allgem. Ztg." über die Katastrophe: Wir waren gegen 7 Uhr im Schacht an Ort und Stelle. Vor Beginn der Arbeit wollte ich von einer hundert Meter entfernten Stelle eine Säge holen. Ich war kaum dort, **als ein gewaltiger heißer Windstoß auf mich zubrauste.** Ich wurde zu Boden geschleudert und die Lampe erlosch. Nachdem ich wieder zur Besinnung gekommen war, entzündete ich meine Grubenlampe mit der Sicherheitszündung. In dem gleichen Augenblicke hörte ich **schon das entsetzliche Schmerzensgeschrei der verunglückten Kameraden, die teilweise brennend aus den dunklen Stollengängen kamen.** Vielfach fielen sie plötzlich tot um. An der Unglücksstelle lagen die Toten teilweise übereinander. Wenn wir versuchten, die Schwerverbrannten anzugreifen, schrien sie noch mehr auf, da die **gräßlichen Wunden furchtbare Schmerzen verursachten.** Trotzdem mußten wir an das nervenaufreibende Rettungswerk gehen. Ein Kamerad, den wir im Förderkorbe aus der Grube schaffen wollten, rief, von Schmerzen übermannt, nach seiner Frau. Ein anderer sang einen Choral. Vielfach suchten die armen Menschen zu entkommen, weil sie die Brandwunden zum Wahnsinn trieben. Heute, am Dienstag morgen, packte mich angesichts der Tatsache, daß ich wieder in den Todesschacht einfahren sollte, ein solches Grauen, daß ich einfach die Schicht nicht anfahren konnte. So wie mir erging es auch vielen anderen Kameraden.

Die Grubenkatastrophe hat insofern auch eine Rückwirkung auf Leipzig, als diese Stadtgemeinde zwei Drittel der Kuxe der Oelsnitzer Bergbaugesellschaft besitzt. Dieser Gesellschaft gehören die Gruben „Hedwigsschacht" und „Friedensschacht" in Oelsnitz. Im letzten Geschäftsjahre arbeitete das Unternehmen mit einem Verlust von 947 005 Mark, die Förderung ging gegenüber dem Vorjahre noch weiter zurück.

Die Verkehrslage der Eisenbahn.

Groener über die Tariferhöhung.

Vor der Handelskammer in Hamburg gab Reichsverkehrsminister Groener ein Bild von der gegenwärtigen Lage des Verkehrswesens in Deutschland und hob hervor, daß er seine Ausführungen nicht als Minister, sondern als Leiter eines großen Betriebes mache, der vom Standpunkt der Rentabilität die wirtschaftlichen Tatsachen betrachtet. Er betonte, daß es ihm wesentlich darauf ankomme, den Eisenbahnapparat in Ordnung zu bringen. Erst in zweiter Linie stehe die Frage, wie durch organisatorische Änderung der Betrieb wirtschaftlicher gestaltet werden könne. Das Defizit der Eisenbahn rühre von der Überspannung in den Jahren 1917/18 und den Erscheinungen der Revolution, mit der Überflutung an Personal, sowie der Valutaverschlechterung her. Die schematische Durchführung des Achtstundentages sei bei der Eisenbahn

SLUB
Wir führen Wissen.